

AZA 3001 Bern

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

1:12-INITIATIVE – Eine breite Allianz aus BDP, CVP, EVP, FDP, Grünliberalen und SVP lehnt die extreme sozialistische Initiative und damit ein staatliches Lohndiktat entschieden ab.

Das Eigentor verhindern!

Über 190 National-, Stände- und Regierungsräte der BDP, CVP, EVP, FDP, glp und SVP sind nebst gut 350 Unternehmerinnen und Unternehmern dem überparteilichen Komitee «NEIN zum Lohndiktat vom Staat» beigetreten. Sie kämpfen geeint gegen die extreme 1:12-Initiative der Jungsozialisten, über die am 24. November abgestimmt wird.

Ein Blick über die Grenzen genügt

«Die 1:12-Initiative ist der Auftakt zu einer Kaskade linkspopulistischer Vorlagen», sagte Gewerbeverbandspräsident Nationalrat Jean-François Rime vor den Medien. «Ein Blick ins Ausland genügt, um die negativen Folgen von übertriebenen staatlichen Eingriffen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu sehen: Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Löhne sind tief, eine Sparrunde jagt die nächste und die Wirtschaft schrumpft.» Ganz Europa beneide die Schweiz um ihr Erfolgsmodell und ihren Wohlstand. Trotzdem attackierten die Jungsozialisten mit einem zum Scheitern verurteilten sozialistischen Experiment nun diese hart erarbeiteten Errungenschaften. Die Folgen der Initiative wären gravierend, denn das Ziel der Initiative sei nichts weniger als ein tiefgreifender Systemwechsel: «Künftig soll nicht mehr der Eigentümer in einem Unternehmen im Einvernehmen mit dem Arbeitnehmer den Lohn bestimm-



Dunkle Wolken ziehen auf: Die sozialistische 1:12-Initiative bedroht das Erfolgsmodell Schweiz im Kern.

men, sondern der Staat.» Die sowohl bei individuellen Arbeitsverträgen wie auch bei Gesamtarbeitsverträgen bisher geltende Vertragsfreiheit würde dadurch ausgehebelt. Die 100-jährige Erfolgsgeschichte der Sozialpartnerschaft würde dadurch untergraben und ersetzt durch ein Lohndiktat

des Staates. Die Initiative führe zudem zu höheren Steuern und Abgaben für alle. Heute leisten die Gutverdienenden einen überproportionalen Beitrag an Staat und Sozialwerke. Würden die Löhne durch den Staat begrenzt, führe dies zu Einnahmeausfällen bei den Steuern und Sozialwerken von über

1,5 Milliarden Franken. Diese Löcher müssten Mittelstand und KMU stopfen.

Pd

BERICHTE SEITEN 2 & 22

LINK

www.1-12-nein.ch

HÖHERE BERUFSBILDUNG – Die Verwaltung soll endlich Taten sehen lassen. Neben zusätzlichen Mitteln braucht es auch Klarheit in der umstrittenen Titel-Frage.

Gewerbeverband setzt Dampf auf

Der sgV-Vorstand hat an seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, sich für eine starke Positionierung der Höheren Berufsbildung einzusetzen. Er bekräftigte dabei seine Forderung, wonach der Bund von 2017 bis 2020 zusätzlich 400 Millionen Franken für diesen Bereich lockermachen soll. Damit sollen auch die teils massiven Kosten für die Vorbereitungskurse auf die höheren Fachprü-

fungen gesenkt werden. «Es darf nicht sein, dass ein Schreiner für seine Meisterprüfung über 80 000 Franken bezahlen muss, während ein Mediziner für sein Studium nicht einmal einen Drittel dieser Summe aufbringt» betont sgV-Vizedirektorin Christine Davatz.

Als «recht brisant» bezeichnet die Bildungsfachfrau die zweite Hauptforderung des Gewerbeverbandes: der

schweizerische Qualifikationsrahmen müsse künftig alle Abschlüsse widerspiegeln. Dieser Rahmen ermöglicht bekanntlich jedem Berufsfeld, die jeweiligen Abschlüsse entsprechend den Kenntnissen, Fertigkeiten und Kompetenzen einzuordnen. «Nachdem die Abschlüsse im Hochschulbereich international standardisiert worden sind, solle dies nun zwingend auch für sämtliche Abschlüsse

in der Höheren Berufsbildung gemacht werden», betont Davatz, «nur so kann unsere Regelung europakompatibel werden.» Konkret müssten die Abschlüsse bei den Berufsprüfungen zur Erlangung der Fachausweise auf Niveau 6 und jene bei höheren Fachprüfungen mindestens auf Niveau 7angesetzt werden. Das müsste laut der sgV-Vizedirektorin Konsequenzen auf die Titel haben: «Im Hochschulbereich bedeutet dies ein Bachelor- resp. Master-Niveau. Übersetzt heisst das ja nichts anderes als Jungeselle und Meister. Beides sind Begriffe, die in Kombination mit dem Prädikat «professional» bestens als englische Titel zu den Abschlüssen unserer Höheren Berufsbildung passen.» Christine Davatz kündigt an, dass die Forderung nach Einführung von «professional bachelor» und «professional master» demnächst von Gewerbeparlamentariern in die eidgenössischen Räte getragen wird.

Lu

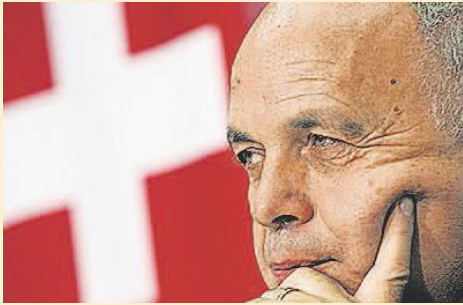
WEHRPFLICHT

Das optimale Modell

Bundespräsident Ueli Maurer (Bild) lässt im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 22. September keinen Zweifel offen: «Die Sicherheit und Stabilität des Landes wäre ohne Wehrpflicht nicht mehr gewährleistet.» Der VBS-Vorsteher sieht im heutigen Milizsystem eine Win-win-Situation: «Die Wirtschaft profitiert von der Führungsausbildung von Arbeitskräften im Militärdienst, die Armee hat dafür Fachleute aus den verschiedensten Bereichen.»

Lu

BERICHT SEITE 11



INHALT

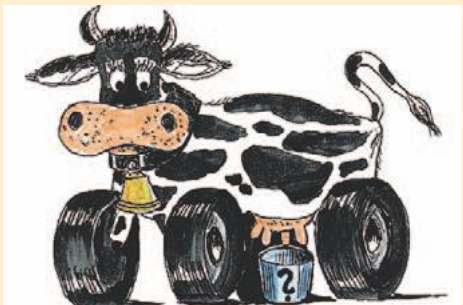
1:12-INITIATIVE – Der KMU-Patron und VSEI-Präsident Pirmin Gassman will ein Nein.

SEITE 2



MOBILITÄT – Für die brandaktuelle Milchkuh-Initiative braucht es noch Unterschriften.

SEITE 9



AUTOTEST – Der pfffige Subaru Outback fährt jetzt auch mit Dieselmotor automatisch.

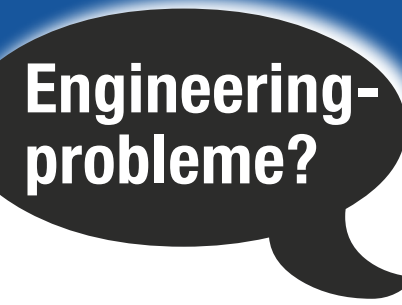
SEITE 18



RECLAME



Netzwerk von Erfahrung und Kompetenz



Engineering-probleme?

Finanz- oder Personalfragen? Management auf Zeit oder Start-up-Coaching? Nachfolgeregelung oder Marketingprobleme?

Adlatus sind erfolgreiche, ehemalige Führungskräfte, welche ihre Erfahrung und Kompetenz KMUs zur Verfügung stellen. Wo kann **adlatus** Sie unterstützen? **Gratis-Telefon 0848 48 48 88**

www.adlatus.ch